

Gemeinde Lienen
Der Bürgermeister

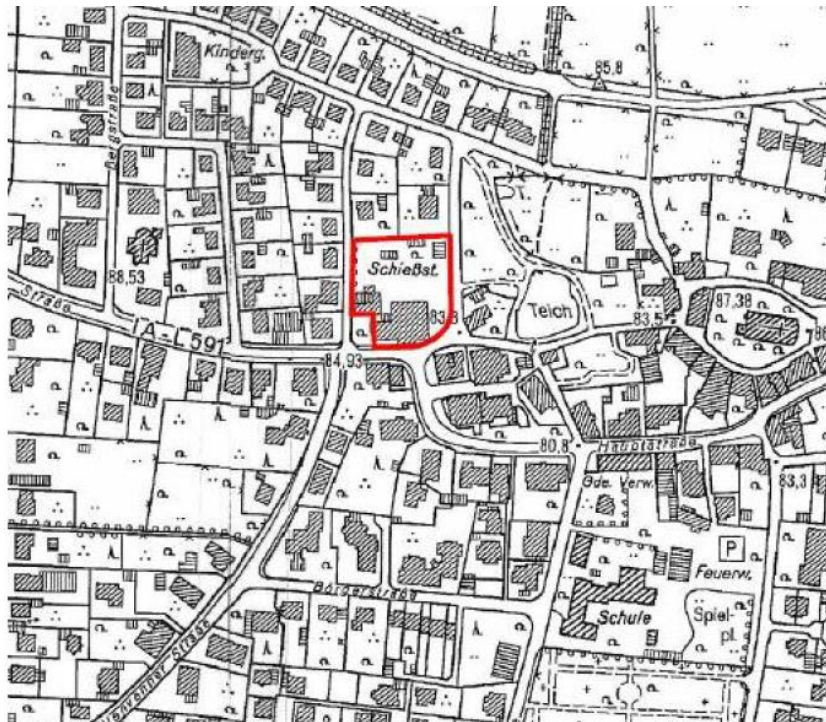
Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Lienen

3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Parkstraße“

hier: Schlussbekanntmachung gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Rat der Gemeinde Lienen hat in seiner Sitzung am 08.04.2019 die 3. vereinfachte Änderung zum Bebauungsplan Nr. 37 „Parkstraße“ gem. § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 08.12.1986 (BGBl. I. S. 2253) in der zurzeit gültigen Fassung als Satzung beschlossen. Mit dieser Änderung sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um auf dem zwischen Hauptstraße, Heckenweg und Parkstraße gelegenen Areal nach Abbruch der vorhandenen Gebäude und baulichen Anlagen neue Gebäude für Wohnungen, für Dienstleistungen und Büronutzungen in verdichteter Bauweise zu errichten.

Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung:



Die 3. vereinfachte Änderung zum Bebauungsplan Nr. 37 „Parkstraße“ einschließlich Begründung liegt in der Gemeinde Lienen, Hauptstraße 14, Zimmer Nr. 014 während der Dienststunden

montags und mittwochs	von	8.00 bis 12.00 Uhr und von 13.30 bis 15.30 Uhr
donnerstags	von	8.00 bis 12.00 Uhr und von 13.30 bis 17.30 Uhr
freitags	von	8.00 bis 12.00 Uhr

zur Einsichtnahme öffentlich aus. Über den Inhalt der Bebauungsplanänderung und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Hinweise:

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Änderung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Nach § 215 BauGB werden unbeachtlich

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel der Abwägung,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a beachtlich sind.

Die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung vom 14.07.94 (GV NW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bekanntmachungsanordnung

Die 3. vereinfachte Änderung zum Bebauungsplan Nr. 37 „Parkstraße“, deren Begründung, Ort und Zeit der Einsichtnahme sowie die aufgrund des Baugesetzbuches und der Gemeindeordnung erforderlichen Hinweise werden hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 3. vereinfachte Änderung zum Bebauungsplan Nr. 37 „Parkstraße“ der Gemeinde Lienen rechtsverbindlich.

Lienen, 16.04.2019

Gemeinde Lienen
Der Bürgermeister

gez.

Strietelmeier

Bestätigung nach BekanntmachungsVO NRW

Hiermit wird folgender Beschluss des Rates vom 08.04.2019 öffentlich bekannt gemacht:

„Der Rat beschließt die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Parkstraße“ als Satzung gemäß § 10 BauGB. Ferner wird die Begründung beschlossen.“

Gem. § 2 Abs. 3 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmVO) vom 26.08.1999 (GV.NRW.S.516) in der zurzeit geltenden Fassung wird bestätigt, dass der Wortlaut des Änderungsbeschlusses mit dem Beschluss des Rates der Gemeinde Lienen vom 08.10.2018 übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 BekanntmVO verfahren worden ist.

Lienen, 16.04.2019

gez.

Strietelmeier, Bürgermeister